

Arm trotz Rente | 5

Verfassungsgericht soll Höhe der Grundsicherung im Alter prüfen



Serie: Alternativen | 15

Was wir von anderen Kulturen über das gute Leben lernen können

Die Flammen von London | 3

In London brennt das olympische Feuer – vor einem Jahr standen ganze Häuserblocks in Flammen



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 10. August 2012

67. Jahrgang/Nr. 186 • Berlinausgabe 1,50 €



OLLIS OLYMPIA

Ohne Jungs

Von Oliver Händler

London 2012 – das sollen die Spiele der Gleichberechtigung sein. »Wenn Frauen boxen wollen, sollen sie es tun«, sagte Organisationschef Sebastian Coe und ließ die ersten Ringkampfturniere der Geschichte willkommen. Erstmals schickte jedes Land Männer und Frauen an den Start, und erstmals werden Medaillen von Männern ins Stadion getragen. Alles gut.

Doch wie fragte schon der Asterix-Erzähler: Ganz Gallien? Nein. Zwei kleine Sportarten weigern sich noch, beide Geschlechter zu akzeptieren. Dünne glatt rasierte Beine, lackierte Nägel, aufwendig verzerrte Anzüge, streng nach hinten zum Dutt gekämmte Haare und was, viel Schminke. Das sind Rhythmisches Sportgymnastik und Synchronschwimmen. Hier sind Männer unerwünscht.

Die Regeln des Schwimm-Weltverbands FINA sagen: »104 Frauen dürfen am Wettkampf teilnehmen.« Etwas später im Regelwerk hat man offenbar gedanklos von den Beckenschwimmern kopiert: »Jeder Athlet bei den Olympischen Spielen muss Bürger

Oliver Händler

ist und Sportler sein und berichtet aus London von den Olympischen Spielen

ist Foto: Getty Images

des Landes sein, dessen NOK ihn oder sie nominieren.« Ein kleiner, leiser unbedeutender Faxpas.

Der Bochumer Synchronschwimmer Nicklas Stoppel würde gern mal zu Olympia, doch er darf nicht, weil er ein Mann ist. »Ich finde das diskriminierend«, sagt er zurecht. Doch die FINA bleibt hart. »Unser Kongress hat so entschieden«, sagt Bekleidungsdirektor Cornel Marculescu. Und noch habe kein Verband eine Änderung beantragt.

Stoppel hatte gehofft, der Deutsche Schwimmverband würde es tun, denn in Deutschland darf er an Wettbewerben teilnehmen. Doch »der Verband wird keine männlichen Teilnehmer zulassen«, erklärte Nationalmannschaftsmanager Udo Lehmann. »Synchronschwimmen ist ein Frauensport. Es gibt nur mal Ausdrucksformen, das sind Frauen netter anzuschauen, als wenn Männer das machen.«

Dieselbe Begründung, nur unter umgekehrten Vorzeichen, hinderte letztes Jahr Kurzweil auch Frauen daran, olympisch zu boxen. Es ist an der Zeit, dass beim IOC mal jemand sagt: »Wenn Männer synchronschwimmen oder sich rhythmisch verhalten wollen, sollen sie es tun.«

www.neues-deutschland.de

twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise: Technische 65/75 GZK

Postleitzahl: 60409, 50914, ISSN 0233-6940



Protest mit Alt und Jung

Die betagten Besetzer ihres Seniorenfreizeithauses in Berlin-Pankow forderten gestern vor einer Sitzung des Finanzausschusses des Bezirksparlaments den Erhalt der Einrichtung. Unterstützt wurden sie von jungen Chorsängern der Schwitters- und der Tucholsky-Schule.

Foto: Ulli Winkler



Schwarz-gelber Kanal

Deutsche Nachrichtensendungen benachteiligen die Oppositionsparteien

Von Jürgen Amendt

In den Hauptnachrichten des deutschen Fernsehens bleibt der Bildschirm sprichwörtlich seit Jahren schwarz. Zu diesem Ergebnis kommt eine »nd«-Auswertung einer Studie des Instituts für empirische Medienforschung (IFEM) in Köln über die Parteienpräsenz in den wichtigsten Nachrichtensendungen von ARD, ZDF, RTL und Sat.1 zwischen 2005 und 2011. So stellten Union und FDP 2011 fast drei Viertel der Politikeintritte.

Wenn »Tagesschau«, »Tagesthemens«, »heute«, »heute-journal«, »RTL aktuell« oder die »Sat.1 Nachrichten« auf Sendung sind, bleibt nicht nur die Linkspartei mit einem Anteil von zum Teil unter fünf Prozent außen vor. Auch die beiden anderen Oppositionsparteien im Bundestag – SPD und Grüne – sind im Vergleich zu den beiden Regierungsparteien unterrepräsentiert. 2011 schafften es CDU, CSU und FDP

zusammen auf einen Wert von 71 Prozent. Auffällig ist der hohe Anteil von Politikeintritten der Union selbst zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung mit Werten von annähernd 50 Prozent, während die SPD im vergangenen Jahr nur noch zu 16 Prozent in den Nachrichtensendungen der vier großen deutschen TV-Kanäle vertreten war; 2005 betrug die Präsenz von SPD-Politikern noch 39 Prozent.

Besonders bizarr: Die Statistik weist keine großen Unterschiede zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und den Privatsendern aus. Dabei sind laut Rundfunkstaatsvertrag die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dazu verpflichtet, in ihrer Berichterstattung die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen. Doch aus dieser Ausgewogenheit zu verstehen ist, definiert die Sender offenbar anders. Auf »nd«-Nachfrage verwies das ZDF auf das Gesamtangebot des Senders,

»inklusive der politischen Talkshow von Maybrit Illner. Man sehe daher keinen Änderungsbedarf, die ARD-Pressesetle äußerte sich überhaupt nicht.

Gegenüber »nd« warf die medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Kathrin Senger-Schäfer, den vier TV-Sendern vor, durch die fehlende politische Ausgewogenheit die Demokratie an sich zu gefährden. »Nehmen die Sender ihre Aufgabe nicht mehr wahr, haben wir ein Demokratieverfall.« Dies gelte nicht nur für das prozentuale Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in den Nachrichten, sondern auch unter inhaltlichen Aspekten. Bestimmte Ansichten kämen in den meinungsbildenden Nachrichtensendungen kaum noch vor. Ihre Parlamentarierkollegen von den Grünen, Tabea Rößner, sprach sich für eine Neustrukturierung der Gremien von ARD und ZDF aus. Diese müssten künftig »statistisch besetzt werden.« Seite 2

GEZ-Reform: Für Ostdeutsche teurer

Für Datschen und viele Gartenlauben wird ab 2013 voller Extra-Beitrag fällig

Von Fabian Lambek

Wenn im Januar die Rundfunkgebühren umgestellt werden, könnte es für Hunderttausende Ostdeutsche teurer werden. Für Datschen und viele Gartenlauben muss laut Gesetz ein zweiter Beitrag in voller Höhe entrichtet werden.

Im Januar 2013 wird aus der geräteabhängigen GEZ-Gebühr eine Zwangsabgabe pro Haushalt. Der Verband Deutscher Grundstücksmittler (VDGM) hat nun Verfassungsklagen gegen die Neugestaltung der Abgaben eingeleitet, weil auch Besitzer von Wochenendhäusern und Gartenlauben von mehr als 24 Quadratmetern ein volles zusätzliches Beitrag zahlen sollen. Wie VdGM-Präsident Peter Ohm am Donnerstag gegenüber »nd« erklärte,

Diese Doppelbelastung trifft vor allem Ostdeutsche. Der VDGM schätzt, dass es in den neuen Ländern rund 250 000 Datschenbesitzer gibt, die für ihr Wochenend-Domizil den vollen Beitrag von jährlich 215,76 Euro berappen müssen. »Bislang konnte man sich saisonal, also für die Sommermonate bei der GEZ anmelden«, so Ohm. Das geht nun nicht mehr. Die Betroffenen müssen für das ganze Jahr zahlen, auch wenn die Datsche im Winter leer steht.

Was bislang kaum jemand weiß: Ab Januar müssen auch Hunderttausende Kleingärtner zweimal zahlen. Im entsprechenden Rundfunkstaatsvertrag sind Laubenpieper nur von der Abgabe befreit, wenn sie nachweisen können, dass ihr Häuschen nicht zum »dauer-

haften Wohnen geeignet ist«. Der VDGM verweist aber auf mehrere Urteile des Bundesgerichtshofes, wonach »es für eine Wohnung ausreichend, wenn Strom- und Wasseranschluss vorhanden sind.«

Insbesondere im Osten werden Gartenhäuschen im Sommer auch für Übernachtungen genutzt. Das hat historische Ursachen: In der DDR durften die Lauben bis zu 40 Quadratmeter groß sein und ihre gelegentliche Nutzung als Schlafstätte war kein Problem. Dementsprechend »komfortabel« richtete man sich ein. In der BRD durften die Lauben maximal 24 Quadratmeter groß sein. An Übernachtungen war vielerorts nicht zu denken.

Dieses westdeutsche Limit gilt nun auch im Rundfunkstaatsvertrag. Alle Häuschen bis

24 Quadratmeter fallen automatisch aus der Beitragspflicht. Laut GEZ soll dies auch die größeren ostdeutschen Lauben gelten. »Aber nur, wenn das Häuschen nicht zum Wohnen geeignet ist«, wie eine Sprecherin der ARD gegenüber »nd« bestätigt. Also müssen die ostdeutschen Kleingärtner doch zahlen.

Medienexperte Heiko Häker, der auch im MDR-Rundfunkrat sitzt, kennt das Problem. »Das ist ein Versäumnis der Politik«, so Häker. Ursprünglich war vereinbart, dass die Kleingärtner im Vertrag gar nicht auftauchen. »Doch irgendwie sind sie wieder reingestrichelt.« Der Medienfachmann zweifelt aber, dass man die Betroffenen schon im kommenden Jahr nur Kasse bittet. »Schließlich ist 2013 Bundestagswahl.«

Rückschlag für Rebellen

Syrische Regierungstruppen rückten in Aleppo vor

Damaskus (Agenturen/nd) Im als entscheidend apostrophierten Kampf um die syrische Stadt Aleppo haben die Regierungstruppen am Donnerstag einen Rückschlag erlitten. Wie ein Kommandeur der oppositionellen »Freien Syrischen Armee« mitteilte, zogen sich die Aufständischen vollständig aus ihrer Hochburg, dem Viertel Salaheddin, zurück. Die Truppen von Präsident Baschar al-Assad rückten in das Gebiet vor. Die syrische Armee war am Mittwoch mit Panzern in den Stadtteil Salaheddin vorgedrungen. In den vorausgegangenen Tagen hatte die Regierung an die 20 000 Soldaten um Aleppo zusammengezogen, denen etwa 6000 bis 8000 Rebellen gegenüberstehen.

Präsident Assad bestimmte am Donnerstag den bisherigen Gesundheitsminister Wael al-Halki zum Regierungschef. Der bisherige Amtsinhaber Riad Hidschab war ins Ausland geflüchtet und zur Opposition übergetreten.

In Teheran hat der iranische Außenminister Ali-Akbar Salehi am Donnerstag eine internationale Konferenz zur Lage in Syrien eröffnet. Nach Angaben Salehis kamen Vertreter aus 30 Ländern zum Treffen, darunter Abgesandte aus Russland und China, Saudi-Arabien und die Türkei, die – anders als Iran – die syrischen Rebellen unterstützen, hielten die Konferenz fern. Nur drei Länder schickten ihre Außenminister, darunter Irak. Die anderen Teilnehmer kamen aus Afghanistan, Pakistan und Ländern in Zentralasien, Lateinamerika und Afrika. Auch eine Vertreterin von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon ist präsent.

Derweil wurde bekannt, dass türkische Krankenwagen regelmäßig Waffen und Munition über die Grenze nach Syrien transportieren. Auf dem Rückweg würden mit den Fahrzeugen verkleidete Kämpfer der bewaffneten syrischen Opposition in die Türkei gebracht. Das sagte der Abgeordnete Mevlüt Duda türkischen Medien vom Donnerstag. Duda vertritt im Parlament in Ankara die Grenzprovinz Hatay und besuchte kürzlich die Grenzregion. Einige Häuser, so Duda, in der Region würden als Befehlsposten der syrischen Opposition genutzt. Seite 7

OLYMPIA KOMPAKT

Flotte deutsche Kanuten

Kanurennsport: Zweimal Gold in 60 Minuten – erst holt die Potsdamer Peter Kochdamer und Kurt Kuscheja im Schlusspart Gold im Zweier-Canadier, eine Stunde später führen Franziska Weber aus Potsdam und Tina Dietze aus Leipzig im Zweier-Kajak souverän zum Olympiasieg. Bereits am Vortag hatte es für das deutsche Kanusport drei Medaillen – darunter einmal Gold – gegeben.

Gold für Bolt und Rudisha

Leichtathletik: Der Jamaikaner Usain Bolt hat sich endgültig zur Legende gemacht. Durch seinen Sieg über 200 Meter gewann er zum zweiten Mal in Folge beide Sprintstrecken. Der Kenianer David Rudisha lief zuvor über 800 Meter Weltrekord. Seiten 18 und 19

LESEN SIE MORGEN:

KLEINE KUHFLÜSTERE!
Ein promovierter Landwirt und Philosoph auf einer Bio-Ranch in Brandenburg

INITIATIVEN gegen RECHTS
Junge Antifaschisten in Russland und ein Langzeitaktivist aus Deutschland

KRISENPROTESTE – WIE WEITER?
Eine Debatte nach der Ablehnung des Occupy-Camps in Frankfurt am Main

neues deutschland
A SOURCE FOR LIFE